

Amts- und Anzeigebblatt

für den

Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Abonnement
viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl.
des „Illustr. Unterhaltungsbl.“
u. der Humor. Beilage „Seifen-
blasen“ in der Expedition, bei
anderen Boten sowie bei allen
Reichspostanstalten.

Telegr.-Adresse: Amtsblatt.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

Erscheint
wöchentlich drei Mal und zwar
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-
abend. Insektionspreis: die
kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im
amtlichen Teile die gespaltene
Zeile 30 Pf.

Fernsprecher Nr. 210.

Nr. 147.

Sonnabend, den 15. Dezember

1906.

In Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit finden im Jahre 1907 die **Gerichtstage** an folgenden Montagen im **Rathaus zu Schönheide** statt:

7. und 21. Januar, 4. und 18. Februar, 4. und 18. März, 8. und 22. April, 6. und 27. Mai, 10. und 24. Juni, 8. und 22. Juli, 5. und 19. August, 2. und 16. September, 7. und 21. Oktober, 4. und 18. November, 2. und 16. Dezember.

Beginn: 9 Uhr vormittags. Schluß: 7 Uhr nachmittags.

Auf Erledigung von Angelegenheiten, die nicht 3 Tage vorher bei Gericht angemeldet worden sind, kann kein Anspruch erhoben werden. Verspätetes Eintreffen der geladenen Personen kann die Nichterledigung der Angelegenheit zur Folge haben.

Eibenstock, am 4. Dezember 1906.

Königliches Amtsgericht.

Nr. 174 der **Schanzstättenverbotsliste** ist zu streichen.
Stadttrat Eibenstock, den 12. Dezember 1906.

Seite.

Mit.

Land- und Landesfulturrenten, Stadtanlagen betr.

Am 31. Dezember d. J. wird der 4. Termin der diesjährigen Land- und Landesfulturrenten fällig.

Es wird auf die Bezahlung derselben schon jetzt aufmerksam gemacht mit dem Bemerkten,

daß nach obengenanntem Termine sofort mit der zwangsweisen Einziehung etwaiger Reste vorgegangen wird.

Gleichzeitig wird nochmals an die unverzügliche Bezahlung des 4. Stadtanlagen-Termins auf das Jahr 1906 erinnert.

Stadttrat Eibenstock, am 12. Dezember 1906.

Seite.

Bg.

Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß wir den Ingenieur

Herrn Karl Robert Kannegiesser in Schwarzenberg

als **berechtigt anerkennen**, Gutachten über die vorschriftsmäßige Beschaffenheit der Kraftfahrzeuge und Zeugnisse über die Befähigung zur Führung von Kraftfahrzeugen auszustellen.

Stadttrat Eibenstock, am 12. Dezember 1906.

Seite.

U.

Sonnabend, den 15. Dezember 1906, vormittags 11 Uhr

gelangt in der Restauration „Centralhalle“ hier
eine goldene Herren-Taschenuhr mit goldener Kette
an den Meistbietenden gegen sofortige Barzahlung zur Versteigerung.
Eibenstock, am 10. Dezember 1906.

Der Gerichtsvollzieher des Kgl. Amtsgerichts.

Der Reichstag aufgelöst!

Berlin, 13. Dezember. Der Reichstag schloß mit 178 gegen 168 Stimmen den Nachtragset für Südwestafrrika ab. Der Reichskanzler verlas darauf eine kaiserliche Botschaft, wonach der Reichstag aufgelöst ist.

Wider Erwarten hat der Reichstag in seiner gestrigen Plenarsitzung den Nachtragset für Südwestafrrika abgelehnt und damit das Schutgebiet und seine Bewohner dem Verderben preisgegeben. Daß eine Verminderung der Truppen auf 2500 Mann, wie sie vom Zentrum verlangt wurde, für den noch nicht völlig unterworfenen Feind das Signal zu erneutem Aufstande sein würde, liegt auf der Hand. Die Sparsamkeit ist gewiß ein löblicher Grundsatz, aber Tausende von Menschenleben sind denn doch höher zu bewerten, als ein paar ersparte Millionen. Was sind 2500 Mann Schuttruppen für ein Gebiet, das größer ist, als das Deutsche Reich!

Es ist selbstverständlich, daß die Regierung sich nicht bei der in der Budgetkommission von einem Zentrumsführer abgegebenen Erklärung: „Wir nehmen der Regierung die Verantwortung ab!“ beruhigen konnte. Die Verantwortung bliebe auf der Regierung sitzen, wenn sie nicht alles getan hätte, was in ihrer Macht stand, den unheilvollen Beschluß zu annullieren.

Der Reichskanzler hat denn auch die Konsequenz gezogen und beim Kaiser die Ermächtigung zur Auflösung des Reichstages eingeholt.

Nach der Verfassung haben die Neuwahlen innerhalb 60 Tagen nach der Auflösung stattzufinden. Der äußerste Wahltermin ist somit der 11. Februar; es ist jedoch wahrscheinlich, daß er viel früher angelegt wird.

Mögen daher die nationalen Parteien keinen Tag versäumen, um ihre Vorbereitungen für den Wahlkampf zu treffen. Die Ehre der deutschen Nation steht auf dem Spiele!

Berlin, 13. Dezbr. Die „Nordd. Allg. Ztg.“ schreibt in einer Sonderausgabe: Der Reichstag ist der Auflösung verfallen, weil seine Mehrheit den verbündeten Regierungen die Mittel zur Erfüllung der nationalen Aufgaben versagt hat. Durch die Ablehnung der für die Zukunft Deutsch-Südwestafrrikas unerlässlichen Forderungen ist Deutschlands Stellung in der Welt empfindlich getroffen. Sache des deutschen Volkes ist es, darauf Antwort zu geben. Schwer genug wiegt schon, was der nationale Besitzstand in Südwestafrrika durch sich selbst bedeutet, was er uns geworden durch das Blut der ermordeten deutschen Männer und Frauen, durch die schweren, hingebungsvollen Kämpfe unserer Truppen, durch die Leiden und den Heldentod so vieler Braven und was es uns nach dem Urteil aller Kenner des Landes wirtschaftlich noch werden kann. In dem Augenblick, wo über der Zukunft dieses so teuer erkaufte Schutgebietes günstigere Sterne aufgehen, die von Sachverständigen für unentbehrlich erklärten Streitkräfte willkürlich zu verringern, heißt unter den gegenwärtigen Umständen die kaum gesicherte Kolonie neuen Gefahren aussetzen und den Maßregeln zur endgültigen fruchtbringenden Aneignung unserer südwestafrikanischen Besitzungen von vornherein das Rückgrat brechen. Es handelt sich aber nicht bloß um Südwestafrrika. Wie wir dort durchhalten, ob wir mit jähher Opferwilligkeit vorwärts gehen oder nach kaum erreichter Befreiung der größten Gefahr werden ermatten, ist bei der heutigen politischen Gesamtlage uns selbst und unseren Mitbewerbern im überseeischen Wettkampf zu einem Prüfstein geworden, ob Deutschland überhaupt zur Entwicklung aus einem europäischen Großstaat zu einer Weltmacht fähig ist. Unter unseren Augen vollzieht sich von verschiedenen Seiten her ein kraftvolles

Ausgreifen auf den der Kultur noch nicht erschlossenen Gebieten. Wir erleben als Zeitgenossen den Aufschwung des britischen, amerikanischen und japanischen Imperialismus. Frankreich gründet ohne Zaudern und Knäusern ein riesiges Kolonialreich in Afrika und Deutschland soll nicht einmal in der energischen Behauptung und Verteidigung des Erworbenen standhalten dürfen. Für die verbündeten Regierungen, für den Reichskanzler gab es in dieser Frage kein Markten und kein Vaktieren. Ehe die Mehrheit des Reichstags den ablehnenden Beschluß faßte gegen eine Minderheit, in der die Rechte, die Nationalliberalen und die bürgerliche Linke zusammenstanden, machte Fürst Bülow nochmals das Haus auf die schweren Konsequenzen aufmerksam. Freimütig und fest erklärte er, daß hier nicht ein Kampf zwischen parlamentarischen und persönlichen Ideen geführt werde, sondern eine unabänderliche Pflicht den verbündeten Regierungen nur einen einfachen und geraden Weg weisen. Niemand drängt mich, niemand schiebt mich, und wenn Sie wollen, so haben Sie die Kritik. Trotz des Ernstes dieser Ansage blieb die aus dem Zentrum und den Sozialdemokraten bestehende Mehrheit in ihrer dem deutschen Volke an Herz und Ehre gehenden Sache bei ihrer kleinnütigen und verbissenen Ablehnung. Die Nation hat zu entscheiden, ob sie sich eine solche Vertretung ihrer Interessen und ihres Ansehens gefallen lassen will.

Tagesgeschichte.

— Deutschland. Der Reichstag beschäftigte sich am Dienstag mit den Interpellationen der Freisinnigen und Sozialdemokraten wegen der Fleischsteuerung. Staatssekretär Graf Posadowsky verlas eine Erklärung, daß an eine allgemeine Öffnung der Grenzen nicht zu denken sei. Dagegen soll fettes Schweinefleisch aus Dänemark, Schweden und Norwegen hereingelassen und der bestehenden Fleischsteuerung durch Ermäßigung der Eisenbahntarife gesteuert werden. An einer Herabsetzung der Vieh- und Fleischzölle sei nicht zu denken. Der neue preussische Landwirtschaftsminister v. Arnim begründete die Haltung der Regierung im einzelnen und führte die Schuld an der Fleischsteuerung auf das trockene Jahr 1904 und die Schlachthofgebühren der Städte zurück, erklärte aber die meisten Klagen über die Fleischnot als agitatorische Uebertreibung. — Am Mittwoch wurde die Besprechung der Interpellation fortgesetzt. Zuerst sprach Abg. Baasche (natl.), der die bereits getroffenen Maßnahmen der Regierung gegen die Teuerung für ausreichend erklärte. Abg. Graf Schwerin (kons.) wies vor allem auf die verteuerte Wirkung des Zwischenhandels sowie der Schlachthöfe und Fleischschau hin. Von einer Begünstigung des Großgrundbesitzes durch hohe Schweinepreise könne schon deshalb nicht die Rede sein, weil 93 v. H. aller Schweinezüchter Kleinbauern, Rätner und Arbeiter sind und nur 7 v. H. auf den Großgrundbesitz entfallen. Zum Schluß kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Abg. Gamp (Rp.) und Gothein (fr. Bg.) über Grenzschutz und Freihandel, worauf Staatssekretär Graf Posadowsky feststellte, daß die wirtschaftliche Prosperität des deutschen Volkes niemals größer war als heute.

— Die Vorlage betreffs der Bahn Kubub-Seeemanshop wurde am Donnerstag von der Budgetkommission des Reichstags angenommen.

— Zu der Braunschweigischen Thronfrage verlautet aus Braunschweig, daß der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin in der Angelegenheit einen Brief an Kaiser Wilhelm gerichtet habe und daß der Kaiser umgehend auf das freundlichste antwortete, allerdings mit der Schlussbemerkung; daß er jurzt in der Sache nichts tun könne. In Gmunden, dem Wohnsitz des Herzogs von Cumberland,

findet anscheinend zu Weihnachten ein Familienrat in der Thronfolgefrage statt. Nicht nur die gesamte Cumberlandische Familie, sondern auch das Schweriner Großherzogspaar und Prinz Max von Baden mit Gemahlin werden erwartet.

— Dortmund, 13. Dezbr. Der durch die Explosion in der Roburitafabrik bei Annen angerichtete Gesamtschaden beträgt nach der Feststellung durch amtlich bestellte Sachverständige 10 027 000 Mark. Bei der Stadtratskassa in Witten sind bis jetzt über 300 000 Mark freiwillige Gaben für die Opfer der Explosion eingegangen.

— Frankreich. Ein verworrenes und trübes Bild bieten gegenwärtig die inneren Zustände Frankreichs dar. Dort ist der Kirchenkonflikt nunmehr in hellen Flammen ausgebrochen. Am 11. Dezember war das Konkordat abgelassen und das Trennungsgesetz in Kraft getreten. Man hatte in der letzten Zeit infolge einiger Zeichen entgegenkommender Gesinnung auf Seiten der französischen Bischöfe geglaubt, daß die Trennung von Staat und Kirche sich friedlich vollziehen, und daß die Kirche schließlich doch den modus vivendi annehmen werde, den ihr die französische Regierung auf Grund des Versammlungsrechtes anbot. Indessen dieser Glaube hat getrogen. Noch in letzter Stunde ist vom Vatikan die strikte Weisung ergangen, auch das „gemeine Recht“, das Versammlungsrecht, nicht anzuerkennen und demgemäß die polizeiliche Anmeldung der gottesdienstlichen Versammlungen zu verweigern. Die französische Regierung hat den Fehdehandschuh prompt und schlagfertig aufgenommen, und den ersten Gegenhieb mit der Ausweisung des stellvertretenden päpstlichen Nuntius Monsignore Montagnini geführt, welcher durch einen Polizeibeamten über die Grenze gebracht wurde, während gleichzeitig einem Abgesandten des Kardinals Merry del Val das Ueberschreiten der französischen Grenze verboten wurde. Andere, wie die Abschaffung der Pensionen und Unterstufungen der Geistlichen, die Liquidierung der Kirchengüter u. s. w., sollen folgen.

— Die Anzahl der bei Mgr. Montagnini, dem päpstlichen Vermittler in Paris beschlagnahmten Papiere beläuft sich auf etwa 2000 Stücke. Die ersten am Mittwoch durchgesehenen Dokumente lieferten, wie es heißt, den untrüglichen Beweis, daß die Bischöfe fast einmütig für die Anwendung des Gesetzes von 1881 und die Abgabe der Erklärung waren und sich nur mit Trauer den von Mgr. Montagnini überbrachten Weisungen des Papstes gefügt haben. — Der Londoner „Daily Telegraph“ sieht deshalb in dem Ausbruch des Kampfes allein die Schuld des Papstes, dessen Stellung durch diese Indiskretion ja auch sehr geschädigt ist.

— Marokko. In allen Moscheen im Umkreise von 30 Meilen von Tanger verkündeten am Dienstag öffentliche Ausrufer, daß eine christliche Invasion bevorstehe, und ermahnten das Volk, sich auf den heiligen Krieg vorzubereiten. Die Ausrufer fügten hinzu, daß Raisuli alle diejenigen, die nicht im Besitze von Geld, Gewehren und Munition seien, damit verleben würde. Die „Kölnische Zeitung“ meldet folgendes: Die Nachricht über die Aufforderung Raisulis an die Eingeborenen zum Vorgehen gegen die Christen scheinen sich zu bestätigen. Durch die fortgesetzten Drohungen der hiesigen Lokalpresse mit der Landung von Truppen sucht Raisuli einen Anhang zum Wiederstand zu sammeln. Die bevorstehende Ankunft des Heeres des Sultans dürfte auf die Stämme beruhigend wirken. Tanger soll durch einen Kordon von Raisulis Gebiet getrennt werden, was vermutlich den Klagen über die Uebergriffe des Vertreters von Raisuli ein Ende machen wird.

Lokale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock, 14. Dezember. Das Gänsebiebsgefindel hat sein Handwerk noch nicht aufgegeben. In der